

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigeblatt der Stadt Geisenheim.

Veranstalter Nr. 123.

Veranstalter Nr. 123

Erscheint

wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.

Bezugspreis: 1 M 50 & vierteljährlich frei ins Haus

oder durch die Post; in der Expedition

abgeholt vierteljährlich 1 M 25 &.



Insertionspreis

der 6-gespaltigen Zeile oder deren Raum für Geisenheim 10 &;

auswärtiger Preis 15 &. — Reklamenpreis 30 &.

Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.

Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

151

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Samstag, den 29. Dezember 1917.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

17. Jahrg.

Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier 28. Dezember (Amtlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In einzelnen Stellen der Front lebte am Tage die Tätigkeit vorübergehend auf. Auf dem östlichen Theater war sie auch während der Nacht lebhaft. Ost- von Lunenburg brachten Erkundungsabteilungen eine Gefangene aus den französischen Gräben ein.

Westlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Zwischen Ochrida und Prespa, im Cernabogen auf dem östlichen Warbaderfeld zeitweilig rege Artillerie-Feuer.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Tagüber war das Feuer auf der Hochfläche von Lago und am Lombardenerfeld gestiegen.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Der Austausch der Grundzüge beendete.

Die Russen hatten einen Beschluß des Bauernkongresses zur Grundlage der Verhandlungen machen lassen. Darin war u. a. von voller Selbstbestimmung der Kleinrenter die Rede, die in anderer Mächte nicht leben. Das hätte sich auch auf die Polen und die Kolonien bezogen und wäre von uns aus nicht zugestanden worden. Eine deutscherseits erteilte Antwort öffnet die Wege zu den Verhandlungen.

In Deutschlands Antwort heißt es:

Zu 1.: Eine gewaltsame Aneignung von Gebieten, die während des Krieges besetzt worden sind, ist nicht in den Absichten der verbündeten Regierungen.

Zu 2.: Es liegt nicht in der Absicht der Verbündeten, eines der Völker, die in diesem Kriege ihre politische Selbstständigkeit verloren haben, dieser Selbstständigkeit zu berauben.

Zu 3.: Die Frage der staatlichen Zugehörigkeit nationaler Gruppen, die keine staatliche Selbstständigkeit besitzen, kann nach dem Standpunkte der Verbündeten nicht zwischenstaatlich geregelt werden. Sie ist im gegebenen Falle von jedem Staat mit seinen Völkern selbstständig auf verfassungsmäßigem Wege zu lösen.

Zu 4.: Desgleichen bildet nach Erklärungen von Staatsmännern des Vierbundes der Schutz des Rechts der Minoritäten einen wesentlichen Bestandteil des verfassungsmäßigen Selbstbestimmungsrechts der Völker. Auch die Regierungen der Verbündeten verschaffen diesem Grundsatz, soweit es praktisch durchführbar erscheint, überall Geltung.

Zu 5.: Die verbündeten Mächte haben mehrfach die Möglichkeit betont, daß nicht nur auf den Ersatz der Kriegskosten, sondern auch auf den Ersatz der Kriegsschäden wechselseitig verzichtet werden könnte.

Zu 6.: Von den vier verbündeten Mächten verlangt nur Deutschland über Kolonien. Die Möglichkeit der während des Krieges gewaltsam in Besitz genommenen Kolonialgebiete ist ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Forderungen, von denen unter keinen Umständen abgegangen werden kann.

Bei der Natur der deutschen Kolonialgebiete scheint, von den früher erörterten grundsätzlichen Erwägungen abgesehen, die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts in den von der russischen Delegation vorgeschlagenen Formen g. B. nicht durchführbar. Der Umstand, daß in den deutschen Kolonien die Eingeborenen trotz der größten Beschwerden und trotz der geringen Ausbeute eines Kampfes gegen um das vielfache Überlegene, aber unbefähigten überseeischen Nachschub verfügenden Gegner in Not und Tod treu zu ihren deutschen Freunden gehalten haben, ist ein Beweis, der an Ernst und Gewicht die mögliche Willensänderung durch Zustimmung nicht abtut.

Es kann verhandelt werden.

In Erwiderung hierauf erklärte der Führer der russischen Delegation, diese konstatierte mit Genugtuung, daß die Antwort der Delegationen Deutschlands, Italiens, der Prinzipien eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Annexionen aufgenommen habe.

Die russische Delegation sei trotz der Meinungsverschiedenheiten bei Punkt 3 (kleine Völker) der Ansicht, daß die in der Antwort der Mächte des Vierbundes enthaltene offene Erklärung, keine aggressiven Absichten zu hegen, die faktische Möglichkeit biete,

sofort zu Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden unter allen kriegsführenden Staaten zu schreiten. Mit Rücksicht hierauf schlägt die russische Delegation eine zehntägige Unterbrechung der Verhandlungen vor.

Zer Friede auf dem Marsche.

Zu dem bisherigen Verlauf der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk bemerkt die „Frankf. Ztg.“: „Der Friede ist auf dem Marsche, und es scheint, als ob er schneller marschiere, als selbst hoffnungsvolle Leute vor wenigen Tagen noch glaubten. Es ist die Tatsache zu verzeichnen, daß die Mittelmächte sich in aller Form mit den wichtigsten von der russischen Regierung aufgestellten Grundlagen einverstanden erklärt haben. Es bestehen noch Meinungsverschiedenheiten, und wir möchten diese nicht gering achten, aber die Übereinstimmung geht weit und die russische Regierung hat ausdrücklich früher schon erklärt, ihre Forderungen seien Höchstforderungen und sie sei bereit, über Gegenwortschläge von der anderen Seite zu unterhandeln. Das Erreichte, Grundfähliche ist von so hohem Wert, weil es auch heute noch die Möglichkeit für einen allgemeinen Frieden bietet, sofern die Westmächte bereit sind, sich auf den Boden derselben Grundsätze zu stellen.“

Ruhe im Osten.

Das Blatt „Socialdemokraten“ in Norwegens Hauptstadt Christiania schreibt: „Es kann keine Rede davon sein, daß Rußland den Kampf wieder aufnehmen kann, was auch geschehen möge. Keine Partei Rußlands könne die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten erziehen, aber die inneren Verhältnisse haben auch das Zusammenbrechen der Nationalversammlung verhindert. Indessen geschehen Friedensverhandlungen und wenn die Deutschen darauf eingehen, so geschieht dies, weil sie die jetzige Regierung für genügend gesichert halten, damit das Übereinkommen Wert bekomme. Die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen wird eine starke Wirkung in dieser Hinsicht ausüben.“

Ein „Friedenszeichen“.

Das „Berliner Tagblatt“, eines der Hauptblätter der Schweiz, berichtet: Seit einigen Tagen steigen die Wechselkurse der kriegsführenden Länder ganz rapide, allen voran diejenigen der Zentralmächte. Die Hundertmark sei ne, welche noch vor einigen Wochen mit 50 Franken bezahlt wurden, stehen heute auf 85. Besonders auffallend ist das Steigen des Rubels von 60 auf ebenfalls 85, was als ein gutes Friedenszeichen in der Schweiz gedeutet wird.

Die Ukraine erkennt den Waffenstillstand an.

Nach einer Petersburger Habasmedung wird aus maximalistischer Quelle berichtet, das Sekretariat der Ukraine veröffentlicht ein Manifest, in dem erklärt wird, das Sekretariat habe sich mit dem Waffenstillstand an der ukrainischen Front befaßt und erkenne den Waffenstillstand des Sowjet an.

Produktion für das Volk.

Wie die französische Depeschagentur Habas aus Petersburg meldet, haben die Regierungskommissare eine Proklamation erlassen, in der bemerkt wird, die Herstellung von militärischen Ausrüstungsgegenständen bewirke eine Vergeudung der Arbeitskräfte und des Volkseinkommens im Lande. Sie müsse daher unverzüglich eingestellt und durch die Produktion der für das Volk notwendigen Artikel ersetzt werden.

England weicht nicht.

Neuter betont nochmals, daß alle politischen Parteien für eine Fortsetzung des Krieges bis zum endgültigen Siege und gegen Herausgabe der deutschen Kolonien im Stillen Lügen seien.

Allgemeine Kriegsnachrichten.

Lansdowne lehnt weitere Erörterung seines Briefes ab. „Morning Post“ vom 14. 12. schreibt: Der Marquis von Lansdowne hat durch seinen Privatsekretär einem unserer Mitarbeiter folgendes geschrieben:

Sehr geehrter Herr!

Im Auftrage von Lord Lansdowne bestätige ich den Empfang Ihres Briefes vom 2. d. M., für den er sich sehr verbunden fühlt. Sie luden ihn ein, mit Ihnen auf dem Wege der Korrespondenz in Ihrem Blatte verschiedene Fragen, die sich aus seinem kürzlich an den „Daily Telegraph“ gerichteten Brief ergeben, zu erörtern. Er ist durchaus bereit, die Verhandlungen, die in jenem Brief enthalten sind, zu verteidigen. Er fühlt jedoch, daß Sie ihn nicht mit genügender Aufmerksamkeit gelesen, denn Sie stehen augenscheinlich unter dem Eindruck, als habe er eine schimpfliche Übergabe vorgeschlagen, als plane er eine völlige Umänderung der Karte von Südost-Europa, als wünsche er unsere Vormachtsstellung zur See aufzugeben, und als sei er mit einem internationalen Vertrage zufrieden, der uns als einziger Sieger

das Wort oder die Unterzeichnung eines deutschen Ministers bieten würde.

Lord Lansdowne hat keinerlei Vorschläge dieser Art gemacht, und es ist sicher, daß es zu nichts Ersprißlichem führen würde, eine Korrespondenz über diese gänzlich mißverstandenen Annahmen zu beginnen. Ich erlaube mir noch hinzuzufügen, daß es Ihrem Ermessen anheimgestellt wird, welchen Gebrauch Sie von diesem Brief machen wollen. Ihr gehorsamer Diener
S. J. Holbrooke.

Amerikas Hilfe in weiter Ferne.

Die Londoner „National Review“ schreibt in ihrem Dezemberheft: „Wir werden mit einer beträchtlichen Umgruppierung deutscher Truppen, Geschütze und Flugzeuge von Osten nach dem Westen oder Süden rechnen müssen, weil Hindenburg und Ludendorff sie im Osten nicht brauchen. Sie sollen insgesamt einige 249 kampfständige Divisionen zur Verfügung haben — und dabei glaubten sanguinische Redner schon vor zwei Jahren Deutschland am Ende seiner Menschenkräfte angelangt. Offen gesagt, werden wir höchst erstaunt sein, wenn der Krieg schon Ende Dezember 1918 zu Ende sein sollte, und wir können zufrieden sein, wenn wir unsere Friedensbedingungen vor Dezember 1919 erreichen werden. Die Vereinigten Staaten können vor Herbst 1918 als wesentlicher militärischer Faktor in einem Krieg von dieser gewaltigen Ausdehnung kaum in Betracht kommen. Statt eines dreijährigen bekommen wir offenbar einen vierjährigen, wahrscheinlich einen fünfjährigen Krieg. Schließlich hat es viermal solange gedauert, Napoleon zu kürzen, der doch keineswegs annähernd so fürchterlich war wie die hohenzollern.“

Die Bewegung in der Dobrußa für Bulgarien.

Der Nationalkongress in Babadag hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Vereinnahmung der ganzen Dobrußa bis zur Donaumündung mit Bulgarien verlangt und erklärt wird, daß die Bevölkerung der Dobrußa eine Wiederkehr der rumänischen Herrschaft diesseits der Donau nicht dulden und selbst mit bewaffneter Hand gegen jeden Angriff auf ihre Rechte und ihre Freiheit kämpfen wird.

Nach den in den russischen Friedensforderungen festgelegten Grundsätzen ist es das Recht der Dobrußabewohner, ihre zukünftige Staatszugehörigkeit selbst zu bestimmen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Am 23. ereignete sich in einer Sprengstoffabrik in Kent eine Explosion, bei der einiger Sachschaden verursacht wurde, ohne daß Menschenleben verloren gingen.

Die Heeresverwaltung beabsichtigt, einen in der Schlacht bei Cambrai eroberten, fast unversehrten englischen Tank in Berlin auf dem Gelände bei den Ausstellungshallen am Zoo aufzustellen.

Politische Rundschau.

— Berlin, 27. Dezember.

Die Erwahlung eines Landtagsabgeordneten für den Wahlbezirk Königsberg-Stadt und -Land und Fischhausen ergab die Wiederwahl des Staatssekretärs von Krause. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist zum 3. Januar, an welchem Tage der Hauptausschuß zusammentritt, zu einer Sitzung einberufen worden.

Der Begründer und langjährige Herausgeber der antisemitischen und alldutschen „Deutschen Zeitung“, Dr. Friedrich Lange, ist in Detmold gestorben.

Japan: Die Harmlosigkeit selber.

Nach einer Habasmedung aus der japanischen Hauptstadt Tokio hätten die Erklärungen japanischer Kreise bestätigt, daß Japan nicht beabsichtigt, Truppen von Charkin (Mandschurei) nach Wladiwostok zu senden. Japan trafe nur die nötigen Maßnahmen zur Instandhaltung von Meer und Flotte für den Fall von Komplikationen im fernem Osten.

Versorgungsfragen

ehemaliger Militärpersonen.

Wie der Krieg in ungeahnter Weise auf vielen Gebieten des Wirtschaftslebens die Notwendigkeit durchgreifender Änderungen und Verbesserungen gezeitigt hat, so auch auf dem Gebiete des Militärversorgungswezens. Das Mannschafsvorsorgungs-gesetz vom 31. 5. 1906, welches der Versorgung der Militärpersonen vom Feldwebel abwärts zugrunde liegt, hatte sich in der Friedenszeit bewährt, erwies sich aber unter den durch den langen Krieg gänzlich veränderten Verhältnissen sehr bald nach mangelhafter Wirkung hin als unzureichend.

Die Militärverwaltung hat denn auch langst die Berechtigung der Klagen hierüber wiederholt öffentlich anerkannt und ist dabei, die erforderlichen Änderungen auf dem Wege der Gesetzgebung durchzuführen.

Um jedoch bis zur Gesetzgebung dieser Verbesserungen die Versorgungsberechtigten nicht zu schädigen, galt es, zunächst durch schnelle und geeignete Dispositionen die Lücken des jetzt noch gültigen Gesetzes auszufüllen und seine Härten nach Möglichkeit zu beseitigen.

Am nachstehenden sei auf einige in der letzten Zeit getroffene und vielleicht nicht allgemein bekannte Maßnahmen dieser Art hingewiesen:

1. Einen wesentlichen Teil der Versorgungsberechtigten bilden die sogenannten Verwundeten, die bei den unter das Mannschaftsversorgungsgesetz vom 31. 5. 06 fallenden Personen ohne Rücksicht auf den Dienstgrad und die Höhe der zuständigen Rente einheitlich je 27 M. für den Monat betragen.

Nach der jetzigen Fassung der Gesetzesvorschriften und Bestimmungen ist der Kreis derjenigen, die Anspruch auf solche Verwundetenzulagen haben, eng begrenzt, und es wird dabei unter harter Betonung der Ansprüche der äußerlich Schwerverletzten den innerlich schwer Betroffenen, obwohl diese häufig die viel härter Betroffenen sind, nicht gebührend Rechnung getragen.

Neuerdings kann nun eine Verwundetenzulage auch gewährt werden:

a) bei Störungen der Bewegungs- und Gebrauchsfähigkeit der Hände, Arme, Füße oder Beine, wenn sie in ihrer Gesamtwirkung so hochgradig sind, daß sie dem Verlust einer Hand, eines Armes, eines Fußes oder eines Beines gleichkommen, b) bei gleichzeitiger Halbblindheit, wenn auf dem einen halbblinde Auge die Sehschärfe weniger als die Hälfte der normalen beträgt,

c) bei schweren Gesundheitsstörungen, die in Bezug auf Schonungs- und Hilfsbedürftigkeit dem Zustande des Pflegebedürftigen nahekommen; z. B. bei schweren Folgezuständen nach Kopfverletzungen, bei Verletzungen des Unterkiefers, bei denen nur die künstliche Ernährung mittels Instrumenten möglich ist oder bei denen der Verdauungsapparat mit Brotkrumen ausschließlich auf flüssige Kost angewiesen ist und die Nahrungsaufnahme in der Öffentlichkeit nicht unauffällig erfolgen kann, bei manchen Fällen von Lungentuberkulose und sonstigen schweren inneren Leiden, die zwar keine völlige Erwerbsunfähigkeit bedingen, aber z. B. durch die Notwendigkeit besonderer Krankenpflege (ärztliche Behandlung, besondere Diätmaßnahmen, kräftige Ernährung) oder durch besonders Schamungsbedürfnis die Lebenshaltung außerordentlich erschweren.

Die bei Geisteskrankheit zuständige Verwundetenzulage kann, soweit sie den Betrag der Anstalts- oder Ueberwachungskosten nicht erreicht, bis zum Betrage von 54 M. monatlich erhöht werden, wenn der Betreffende verheiratet ist oder sonst Angehörige hat, zu deren Lebensunterhalt er wesentlich beigetragen hat. Auch bei anderen Geisteskranken ist diese Erhöhung zulässig, aber nur insoweit, als die gesamten Versorgungsberechtigten den Betrag der Anstalts- usw. Kosten nicht erreichen. Zu den Anstaltskosten werden auch die Nebenkosten (z. B. für Kleidung, Wäsche und andere nicht durch die Anstaltspflege befriedigte Bedürfnisse) gerechnet.

2. Wichtigste Voraussetzungen für den Anspruch auf Rente ist das Vorliegen einer Dienstbeschädigung bzw. Kriegsdienstbeschädigung. Bei der Entscheidung der Frage, ob diese Voraussetzung erfüllt ist, wird seitens der Militärbehörden mit dem größten Wohlwollen verfahren. Auch trotzdem die Frage verneint werden, weil das Verbleiben mit dem Militärdienst zweifellos in keinerlei Zusammenhang steht, sich vielmehr zur gleichen Zeit eingestellt bezw. verschlimmert haben würde, auch wenn der Mann nicht zum Wehrdienst herangezogen worden wäre, so wird der Kranke keineswegs kurzer Hand ohne jede Versorgung entlassen; es wird vielmehr in jedem solchen Falle geprüft, ob die Gewährung einer bedingten Rente in Frage kommt. Eine solche kann beim Vorliegen dringender Bedürfnisse nach dem geltenden Gesetz vorübergehend bis zum Betrage von 50% der Vollrente des Dienstgrades gewährt werden, solange sich nicht bei einer Nachprüfung — die frühestens nach Ablauf eines Jahres seit der Bewilligung der bedingten Rente stattfindet — der mit dem Militärdienst in keinem Zusammenhang stehende Krankheitszustand mit Sicherheit als derart schwer erweist, daß der Mann nie mehr etwas zu seinem notwendigen Lebensunterhalt erwerben kann. Für die weitere finanzielle Hilfe würde dann in solchen Fällen an Stelle der Militärverwaltung die zuständige Stelle der Kriegswohlfahrtspflege zu treten haben. Die für die Bewilligung solcher bedingten Renten bisher bestehenden Einschränkungen, daß der Betreffende längere Zeit im Dienst gewesen und mindestens 30% erwerbsfähig sein mußte, sind bis auf weiteres fallen gelassen. Auch ist die erstmalige Bewilligung einer bedingten Rente nicht mehr abhängig von der Art des Krankheitszustandes.

3. Den aus Anlaß des jetzigen Krieges mit Rente und Kriegszulage versorgten Personen, denen es infolge ihres Körperzustandes trotz eigener Bemühungen und trotz Inanspruchnahme der Kriegswohlfahrtsleistungen nicht gelingt, ihr früheres Arbeitseinkommen wieder zu erreichen oder ein ihnen in sicherer Aussicht stehendes zu erlangen, wird der erlittene Schaden zum Teil aus besonderen Reichsmitteln durch Gewährung sogenannter Zusatzrenten zu den sonst zuständigen Versorgungsberechtigten ersetzt.

4. In allen Fällen, in denen entlassene Mannschaften trotz der ihnen gewährten Versorgungsberechtigungen — wozu auch die bedingte Rente rechnet — und der unter Ziffer 3 erwähnten Zusatzrenten ohne ihr Verschulden in eine bedrängte wirtschaftliche Lage geraten, wird auf entsprechenden Antrag hin so schnell als irgend möglich und ohne engstirnige Prüfung der Bedürftigkeit durch Gewährung einmaliger oder auch laufender Unterstützungen geholfen, und zwar unter wohlwollendster Berücksichtigung der häuslichen Verhältnisse (Familienstand usw.).

Die vorstehend unter 1 und 4 erwähnten Maßnahmen gelten nicht nur für die auf Grund des Mannschaftsversorgungsgesetzes vom 31. 5. 1906, sondern auch für die auf Grund der früheren Gesetze versorgungsberechtigt gewordenen Personen.

Untrübe in dieser Beziehung wurden — ebenso

wie alle andern in Versorgungsangelegenheiten — bei dem zuständigen Bezirksfeldwebel anzubringen sein, der auch bei etwa bestehenden Zweifeln Rat und Auskunft erteilt.

5. Häufig wird über Verzögerungen in der Auszahlung bewilligter Versorgungsgebühren geklagt. Sie werden oft von den Versorgungsberechtigten selbst dadurch verschuldet, daß diese entweder bei der Entlassung einen nicht zutreffenden Wohnort angeben, oder ihren Wohnort wechseln, ohne der zuständigen Behörde Anzeige zu machen.

Die vorstehend unter Nr. 1, Abschnitt a, b und c enthaltenen Bestimmungen gelten auch für Offiziere usw., die einen Pensionsanspruch auf Grund des Leistungsleistungsgesetzes vom 31. 5. 06 erheben oder bereits auf Grund dieses oder eines früheren entsprechenden Gesetzes erworben haben.

Ein wichtiges Stück Heimatpflege.

In der Korrespondenz des Bundes der Landwirte machte vor einiger Zeit der Verlag der Monatszeitschrift „Der Bauer“ folgende für alle anderen Berufsstände ebenfalls wichtigen Ausführungen:

„Es muß „große“ Zeitungen geben, die über das ganze Inland und über möglichst viel Ausland täglich einen Strom von lesbarem Stoff verbreiten. Es muß auch mittlere Zeitungen geben, die über Provinzen oder Kleinstädte einen tüchtigen Fluß von Tagesweissagen leiten. Und ebenso notwendig und heilsam ist die sogenannte Kleinpresse, die als anmutiger Bach durch die Dörfer fließt, befruchtend, pflanzend, erfrischend, allen zu Ruh und niemand zu Trug.“

Man spricht vom „kleinen Mann“ und von den „gewöhnlichen Dingen“. Wenn darin Geringfügigkeit steckt, so muß man dem Botschafter über den Mund fahren. Der kleine Mann, der recht und schlicht in fleißiger Arbeit sein tägliches Brot verdient und noch etwas Auftrieb dazu, bildet die Grundlage der Nation, die Wurzel der Volkskraft, Heil und Hort für Deutschland in Kriegs- und Friedenszeiten. (Die brave „Kleine Frau“ gehört natürlich in dieselbe Ehrenreihe.)

Wie eine Pyramide baut sich alles auf. Unten breit, nach oben hin sich zuspitzend. Was da in die Höhe ragt, stützt in die Augen; aber die Hauptsache ist doch der breite, solide, starke Unterbau, der alles trägt und hält. Die sogenannten kleinen Leute haben eine große Rolle zu spielen im Volksleben, und die sogenannte Kleinpresse erfüllt eine höchst wichtige Aufgabe als Lehrerin, Beraterin, Hausfreundin für die breiten Schichten des Volkes. Die Kleinpresse legt in ihrer stillen und stetigen Arbeit das Fundament für die nationale Kultur.

An den Hochschulen muß es berühmte Professoren geben. Aber wo bliebe die Bildung, wenn nicht der brave Volksschullehrer dem Nachwuchs die Brücke, was jeder Mensch wissen muß? Das kleine Blatt kann der freiwillige Volksschullehrer sein, der bei den Ausgewachsenen fortsetzt, was in der Schule begonnen wurde.

Wer ein „großes“ Blatt aus der Ferne beziehen will, dem steht es frei. Der Rentner, der beim Frühstück schon feleradend hat, der zukünftige Postkoffer, der den hochpolitischen Wortwechsel an der Quelle verfolgen will, — der weitreichende Geschäftsmann, der Industrie und Handel im ganzen Inland und möglichst auch im Ausland verfolgen muß, die mögen ihr Welt- oder Fachblatt halten. Aber wenn sie Lust sind, so halten sie daneben für ihre Angehörigen und auch für ihre eigene Erziehung noch das wackere Ortsblatt, das Heimatblatt, das sie in Fühlung hält mit ihrer näheren Umgebung, mit der Verwandtschaft und Bekanntschaft, mit dem geselligen und wirtschaftlichen Leben und Treiben sowie mit der kommunalen Entwicklung ihres Wohnortes. Diese engere Fühlung mit den heimatischen Mitbürgern ist von mannigfaltigem Vorteil für eine zweckmäßige und gemüthliche Lebensführung, und die unentbehrliche Vermittlerin ist die örtliche Kleinpresse. „Die großen Blätter bringen mehr“, sagt der Weltblattschwärmer. Als ob es nur auf die Masse anlämle! Gerade die richtige Sichtung des Stoffes, die Auswahl des Wesentlichen aus dem täglichen Fluß der Tatsachen und der Erörterungen, — das erleichtert die Selbstbelehrung. Was jedermann wissen muß, das bringt auch das brave Heimatblatt. Und obendrein bietet es seinen Lesern, was die Großstadtblätter ihm nicht geben können: die fortlaufende Ortsgeschichte, die einerseits im lokalen Teil sich spiegelt, andererseits auch in den Anzeigen. Diese bilden eine wertvolle Zuspäße, — sowohl die geschäftlichen Inserate, die für die Hauswirtschaft manchen nützlichen Fingerzeig geben, als auch die Familienanzeigen, die von manchen Lesern und noch mehr Leserinnen des ersten Blickes gewürdigt werden.

Wer da glaubt, daß die „großen“ Blätter ihn schneller bedienen als sein Heimatblatt, der verkennt die neuzeitlichen Verkehrsmittel. Das Blatt aus der Ferne muß auf der Eisenbahn kommen, und auch der beste Schnellzug geht viel langsamer, als die Botschaft aus dem Drah. Auch die Kleinpresse hat ihre telegraphische und telephonische Verbindung; sie erfährt die Neugierigkeiten brüderlich von der Zentralstelle und bringt sie so schnell ihren Lesern vor die Augen, als es technisch möglich ist.

Wünschst du, daß die Heimatpresse noch besser werde, als sie ist, so gibst du diesem Zweck ein einfaches und wirksames Mittel: Schelten und Schmolzen tut es nicht, aber die tatsächliche Unterstützung fördert den weiteren Aufschwung. Bestelle das Blatt, wenn du es noch nicht bestellt hast, und mache deine Freunde darauf aufmerksam, daß auch in Brezschach das Heim einem näher ist, als der Rock. Beachte die Anzeigen und gib selbst Anzeigen auf, wenn das Geschäft oder Familienereignisse dir Anlaß geben. Und wenn du es recht gut machen willst, so schicke deinem Ortsblatt gelegentlich auch einen Beitrag, — einen Bericht über eine frische Neugierde oder eine Anregung, die Hand und Fuß hat.

„Eng“ Fühlung und vertrauensvolles Zusammenarbeiten“ ist jetzt die innerpolitische Parole für Regierung und Volkswirtschaft. Die paßt auch für die Heimatpresse. Die Schriftleitung und der Verleger müssen so innig als möglich mit einander in Wechselwirkung stehen. Dieser enge Zusammenhang ist gerade bei der sogenannten „Kleinpresse“ zu erreichen, und wo er besteht, da gereicht er beiden Teilen zu Nutzen. Dann wirkt das „Kleine Blatt“ mit großem Segen in seiner Gemeinde, und der befriedigte Abonnent sagt: Ob ihr das Blatt groß nennt oder klein,

es ist sein und mein, es pozt gerade für uns und ist soll es sein!

Wenn überall im Lande der Heimatstimm aus der Presse sich so betätigt, dann steht es gut um die Bildung und Erziehung des Volkes in allen seinen Schichten, und die nationale Spannkraft in Kriegs- und Friedenszeiten!

„Kleine“ Ursachen — große Wirkungen!

Locales und Provinzielles.

Geisenheim, 29. Dez. Für kommenden Sonntag den 30. Dezember, nachmittags 3 Uhr, sind die Mitglieder des Ausschusses der allgemeinen Ortskrankenkasse „Kassenheim“ zu einer Sitzung im Kassenlokal eingeladen. Die Tagesordnung ist folgende: 1. Wahl eines Ausschusses, 2. Wahl der Rechnungsprüfungskommission; 3. Vorlage des Voranschlags für 1918.

Geisenheim, 29. Dez. Auf der rechten Seite des Rheines bringt dießmal Karls Treibis, das vom Rheinherrn, der dicht mit Eis geht weshalb dort auch der Schiffahrtsverkehr eingestellt werden mußte. Die Kribben und die toten Gewässer des Rheines sind mit dickem Eis bedeckt. Bis jetzt war der Rhein noch immer glatt zu befahren, obwohl das fallende Wasser schon hinderlich genug wirkt. Da wäre zu wünschen, daß stürkerer Eisgang nicht einsetzt, den dieser müßte die Kohlenbeförderung unterbrechen, ein Umstand, der im letzten Winter schon unangenehm genug war. Allerdings wird der Wasserstand wohl noch mehr zurückgehen und damit die Eisgefahr bei Andauern des Frostes näherücken. Gestern hatten wir den ganzen Tag heftigen Schneefall. Die Mosel bringt ebenfalls Treibis.

Geisenheim, 29. Dez. Verkehrsbericht des Postamtes Geisenheim (Rheingau) vom 2. Januar 1918 ab.

Ankommende Posten		
6 ³⁰ vorm.	aus Richtung Köln und Frankfurt	
9 ⁰⁰ „	Frankfurt	
11 ⁰⁰ „	Cöln	
2 ¹⁵ nachm.	Frankfurt	
7 ⁰⁰ „	Frankfurt	
8 ⁰⁰ „	Cöln	
Abgehende Posten		
6 ³⁰ vorm.	in der Richtung Frankfurt	
9 ⁰⁰ „	Cöln	
11 ⁰⁰ „	Frankfurt	
2 ¹⁵ nachm.	Cöln	
7 ⁰⁰ „	Frankfurt	
8 ⁰⁰ „	Cöln	
9 ²⁵ „	Frankfurt	

Briefkastenleerungen: 6, 11 vorm. 4, 6³⁰ Uhr. nachm.

Briefbestellungen: 7¹⁵ vorm. 3 Uhr nachm.

Seit- und Paketbestellung: 9 Uhr vorm.

Schalterdienst: 8—12¹⁵, 3—6 Uhr Werktags.

8—9, 12—1 Uhr Sonntags.

Telegraphen- u. Fernsprechart und Annahme v. Telegram.

8 vorm. bis 9 Uhr nachm. Werktags, 8—9, 12—1, 5—7 Uhr Sonntags.

Vom Rhein, 28. Dez. Der Schiffahrtsverkehr hat in der letzten Zeit mit recht unangenehmen, den Verkehr erschwerten Verhältnissen zu kämpfen. Der Wasserstand ist derartig zurückgegangen, daß Verengerungen demnach auf der Fahrt, besonders im Oberrhein, in erheblichem Maße notwendig werden und in allernächster Zeit schon mit einer Einstellung der Fahrt bis zu den am weitesten gelegenen Plätzen des Oberrheins gerechnet werden muß. Die großen Dampfer vermögen die Fahrten bis zum Oberrhein schon länger nicht mehr zurückzulegen. Eine Erhöhung der Frachtsätze und Schlepplöhne ist erfolgt, weitere Erhöhungen werden kaum ausbleiben. Sobald der Wasserstand am Pegel in Caub unter 130 Meter steht, hört für die Verfrachter die Verpflichtung zu neuen Verfrachtungen und zur Beförderung bergwärts auf und der Cauber Pegel steht unter 130 Meter.

Limburg, 27. Dez. Der hl. Vater hat den verdienten Direktor der Diözesan-Erziehungsanstalt zu Marienhäusern, Herrn Geistlichen Rat Müller, zu seinem Hausprälaten und den Herrn Delan Müller zu Oberlehnschein wegen seiner Verdienste um den Diözesan-Cäcilienverein und die Kirchenmusik zum Kammerherren mit dem Rechte violetter Kleidung ernannt.

Aus aller Welt.

Ein Roman aus dem Leben hat sich in Coswig (Anhalt) zugetragen. Viele Jahre vor Kriegsbruch verliebte ein Einwohner ohne Grund Coswig und seine Familie. Die Ehe wurde auf Antrag der Frau geschieden, die sich und die Kinder redlich ernährte. Da brach der Krieg aus, die Frau ging nach Reinsdorf und hatte dort das Unglück, von einem Eisenbahnzuge überfahren zu werden und beide Füße zu verlieren. Der Mann war inzwischen Soldat geworden. In den schweren Kämpfen in Flandern, wo er dem Tode oft ins Auge sah, erinnerte er sich seiner Familie. Jetzt erfährt er von der Scheidung. Er lehrte heim und bot der unglücklichen, zum Krüppel gewordenen Frau die Ehe erneut an. Die Wundlung, die mit ihm vorgegangen war, fand ihre Krönung dadurch, daß die Ehe neu geschlossen wurde.

Auf tragische Weise zu Tode gekommen ist in Hamm der Oberlandesgerichtsrat Heinrich Honnerbach. Er fand, als er den Koffer seines vor kurzem gefallenen Bruders leerte, eine englische Handgranate, die zur Explosion kam. Honnerbach wurde auf der Stelle getötet; seine Frau, die neben ihm stand, blieb unverletzt.

Für 50 000 Mark Kaffee-Ertrag verbrannt. Am Gasbahnhof in Dortmund geriet ein mit Kaffee-Ertrag beladener Eisenbahnwagen in Brand. Dieser ist vermutlich auf Selbstentzündung zurückzuführen. Wagen nebst Inhalt sind zerstört. Der Schaden soll ungefähr 50 000 Mark betragen.

Flucht aus der Gefängniszelle. Das Schöffengericht in Düsseldorf-Gerresheim hatte den Arbeiter Franz Enkelhardt wegen verurteilener Diebstähle zu

einem Tode Gefängnis verurteilt. Kurz nachher erwarb ein angeblicher Bruder des Verurteilten um eine Unterredung, welchem Ersuchen im Beisein eines Gefängniswärters entsprochen wurde. Beide schlugen nunmehr den Wächter zu Boden, sperrten ihn in die Zelle ein und ergriffen die Flucht. Ihre Festnahme konnte noch nicht erfolgen.

Die Entfernung der Kaiserlocke aus dem Dom in Köln wird jetzt erfolgen. Sie ist 500 Zentner schwer. Der Glockenmantel wird durch elektrisch betriebene Bohrer zerstückelt, die noch an der Wandung hineintreiben, so daß beliebig kleine Teile abgetrennt werden können.

Obdach in jeder Gastwirtschaft. Um der obdachlosen Bevölkerung während der kalten Jahreszeit einen erwärmten Aufenthalt zur Verfügung stellen zu können, hat die Stadt Frankfurt a. M. eine Vereinbarung mit den Vertretern des Gastwirtsverbandes getroffen, wonach sämtliche öffentlichen Wirtschaftsbetriebe und Kaffeehäuser zum Zwecke der Erwärmung ohne Verzehrszwang den Ortsbewohnern bis 7 Uhr abends soweit die Sitzgelegenheit ausreicht, offen gehalten werden müssen. Nur unangemessenes Verhalten soll den Inhabern der betreffenden Räumlichkeiten zur „Ausweisung der Gäste“ berechtigen.

Die goldene Amtskette in — Silber. Daß die „goldene Amtskette“ des Crefelder Oberbürgermeisters aus Silber besteht und nur vergoldet ist, das Geheimnis hat die Goldankaufswoche ans Licht gebracht. Dem Beispiel anderer Städte folgend hatte auch die Crefelder städtische Verwaltung die Amtskette des Oberbürgermeisters der Goldankaufswoche überlassen. Diese hat sie aber als silberne Kette in goldener Hülle erkannt. In einer amtlichen Veröffentlichung darüber heißt es: „Wir dürfen das unsern Vorahren nicht übel nehmen, daß sie den ersten — aus Liebe übernommenen Oberbürgermeister im Glanze dieser Kette bewunderten. Wir dürfen ihnen auch nicht gram sein, daß sie uns gegenüber das Geheimnis wahren. Das mußte schon gesehen mit Rücksicht auf den Allerhöchsten Stifter, dem wenig Geld zur Verfügung stand. Und schließlich konnten sie auch nicht wissen, daß Ende 1917 eine Goldankaufswoche stattfindet, die das Geheimnis an den Tag brachte.“

Scherz und Ernst.

ff. Die Morgensuppe. Der Krieg bringt manche höchst schmerzliche Erfahrungen mit sich. In den letzten Tagen wieder in Ehren. Sogar die Morgensuppe taucht wieder auf, das alte Mittel, das unseren Vorfahren die eisernen Nerven und Muskeln von Stahl und die frische, unverwundliche Gesundheit brachte. Recht unansehnlich erscheint sie zwar. Das, was die Kommunen dafür zusammengekauft haben, ist nicht vom besten, und ihrer geringeren Nährkraft entspricht erst recht ihr graues, unscheinbares, manchmal nicht ganz unverdägliches Aussehen. Aber wer sich damit abfindet, merkt bald, was uns diese Gewohnheit vergangener Tage werden könnte. Der Kaffee war vor einem halben Jahrhundert in der Randbevölkerung noch ein wenig bekannter Begriff. Nur an hohen Festtagen trank man Kaffee, meistens noch mit einer verwunderten Reugier. Dann aber wurde es üblich, den Kaffee an die Stelle der Morgensuppe zu setzen. Die Hausfrau war mit dieser neuen Gewohnheit recht zufrieden. Der Kaffee ließ sich eher aufbrühen, als sich die Suppe kochen ließ, und da man auch die Kaffee-Surrogate recht bald kennen lernte, wußte man schnell, daß die Kaffeewirtschaft auch billiger war. Es ist dann zur allgemeinen Einführung des Kaffees in der Bevölkerung gekommen. Man braucht es wohl nicht als besondere Erscheinung anzusehen, daß die Schwindsucht ihren furchtbaren Todeszug durch unser Volk, gegen dessen Nachwirkungen wir heute noch ankämpfen, ziemlich zur selben Zeit wie der Kaffee seinen Siegeszug angetreten hat. Der Kaffee gewann bald eine verhängnisvolle Bedeutung, besonders dort, wo die Frau erkrankungen war, sich durch Fabrikarbeit an der Ernährung der Familie zu beteiligen. Dort erkannte man nur zu bald die Unannehmlichkeit, die in der Leichten Zubereitungsartigkeit des Kaffees für die arme geplagte Hausfrau lag. So wurde der Kaffee eine Art Nahrungsergänzung, der weite Kreise über den gesundheitlichen Jammer hinwegtäuschen mußte. — Nun soll die altbewährte Morgensuppe wieder in Ehren kommen und unserem Volke wieder zu Nerven und Muskeln verhelfen. Ob's gelingen wird? Es ist fraglich. Aber möglich ist es immerhin. In den nächsten Jahren wird unsere Freundschaft für unsere Hauptkaffeelieferanten, die Brasilianer, ohnehin nicht gerade groß sein, und wir außerdem alle Veranlassung haben werden, für Genußmittel kein Geld aus dem Lande gehen zu lassen. So darf man erwarten, daß die alte Morgensuppe einfallen noch recht viele Freunde finden werde.

ff. Ein roher, blumper Gefelle, ungeschliffen und wenig abgeschliffen, schwer und groß, so schildern Unterriecher den neuen Einheitsfuß, der in den nächsten Tagen in den Handel kommen soll. Man vernimmt, daß er verhältnismäßig wohl unangenehm genug bräutet und belästigt wird. Die Schäfte sind aus imprägniertem Papiergewebe hergestellt, teilweise wurden auch alte Soldatenmäntel und Anzüge, Stoffabfälle, Plansege und ähnliche Dinge, soweit sie von der Heeresverwaltung zur Verfügung gestellt wurden, verwendet. Das Vorderblatt besteht aus Leder, ebenso der Rand und die Kappe. Bei den sogenannten besseren Einheitsfüßen bilden schmale Lederstreifen, die an den Schäften hochgehen, eine kleine Verzierung. Die Sohlen bei den Schuhen sind durchweg aus Holz hergestellt. Die sogenannten Berufsstiefel für die Arbeiter haben geschnittene derbe Holzsohlen, die zur Verhütung einer schnellen Abnutzung mit Nägeln oder Nieten versehen sind. Diese Stiefel werden, je nach Größe, etwa 17 bis 22 Mark kosten. Ähnlich sind die Kinderstiefel hergestellt, die etwa 10,70 bis 13 Mark kosten, während die bemittelte Bevölkerung dünner geschnittene und leichtere Gelenkstiefel ohne Nägelbeschlag erhält. Die Holzsohlen werden eine Lebensdauer von vier bis fünf Wochen haben. Sie sollen den Fuß warm und trocken halten und sind billig zu ersetzen. Da neue Sohlen für den Schuhmacher zum Preise von 60 Pfennig bis zu 1 Mark überall zu haben sein werden. Auch die Einheitsstiefel werden nur gegen Bezugschein abgegeben, damit niemand die neuesten Erzeugnisse der Kriegswirtschaft vernichten kann.

Kath. Gottesdienst-Ordnung in Geisenheim

Samstag, d. 29. Dez. von 4 Uhr an ist Gelegenheit zur hl. Beichte.
Sonntag, d. 30. Dez. 7 Uhr Frühmesse, 8¹⁵ Uhr Schulgottesdienst, 9¹⁵ Uhr Hochamt, 2 Uhr: Andacht.
Montag Abend 6 Uhr ist Jahresabschlussgottesdienst.
Dienstag feiern wir das Fest der Beschneidung des Herrn oder Neujahrstag, ein gebotener Feiertag.
Wegen des Herz-Jesu-Freitags ist Donnerstag Nachmittag von 4 Uhr an Gelegenheit zur hl. Beichte.

Stiftungen

Montag, 7¹⁵ Uhr: St. Messe für die Pfarrgemeinde.
Mittwoch 6¹⁵ Uhr: St. Messe für Maria; Antonia von Jangelheim.
Donnerstag, 6¹⁵ Uhr: St. Messe für Katharina Mebreuer geb. Broch.
Freitag, 7¹⁵ Uhr: St. Messe für Andreas Sengler.
Samstag, 7¹⁵ Uhr: Amt für Georg Fröhlich, bestellt vom Gesellenverein.

Evangel. Gottesdienst-Ordnung in Geisenheim.

Sonntag, den 30. Dez. 1917. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst.
Montag, den 31. Dez. Epiphonie. Abends 7¹⁵ Uhr: Gottesdienst.
Dienstag, den 1. Januar Neujahrstag. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Spielplan des Kgl. Theaters zu Wiesbaden

von 30. Dezember bis 10. Januar.

Sonntag Ab. C. Zweites und letztes Gastspiel des königlichen Hofopernsängers Herrn Tino Pattira von der Hofoper in Dresden: „Carmen“ Anf. 6¹⁵ Uhr „Don Jose“ Herr Tino Pattira als Gast.

Montag Ab. A. „Der liebe Augustin“ Anf. 6 Uhr.

Dienstag Bei aufgehobenem Abonnement Volkspreise: XI. Volksabend „Die Jungfrau von Orléans“ Anf. 6 Uhr.

Mittwoch Ab. B. Erstes Gastspiel des Kammerjägers Herrn Gustav Schwegler von der königlichen Oper in Berlin: „Der Waffenschmied“ Anf. 7 Uhr (Städinger Herr Schwegler).

Donnerstag Ab. C. „Wie es Euch gefällt“ Anf. 7 Uhr.

Freitag Ab. D. Zweites Gastspiel des Kammerjägers Herrn Gustav Schwegler „Martha“ Anf. 7 Uhr.

Samstag Ab. E. „Die Meistersinger von Nürnberg“ Anf. 6 Uhr.

Sonntag Ab. A. Drittes und letztes Gastspiel des Kammerjägers Herrn Gustav Schwegler „Die Zauberflöte“ Anf. 6 Uhr. „Sarastro“ Herr Kammerjäger Gustav Schwegler.

Donnerstag Ab. C. Einmaliges Gastspiel der Kammerjägerin Frau Ottilie Mehger-Lattermann vom Stadttheater in Hamburg „Der Troubadour“ Anf. 7 Uhr. „Auzena“ Frau Ottilie Mehger-Lattermann.

Der Vorverkauf für sämtliche Vorstellungen beginnt am Freitag, den 28. Dezember d. J. vormittags 9 Uhr. Für die Vorstellungen am 30. und 31. Dezember hat der Vorverkauf bereits begonnen.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 28. Dez. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

TU Berlin, 29. Dez. In geschicht und schneidig durchgeführten Angriffen gelang es einem unserer U-Boote in der Frischen See innerhalb von 3 Tagen 13 500 Br.-Reg.-To. zu vernichten. Sämtliche Schiffe waren große Dampfer. Einen von ihnen schoß das U-Boot aus einem stark gesicherten großen Geleitzug heraus. Ein anderer Dampfer von etwa 5000 Br.-Reg.-To. hatte Sprengstoff geladen. Unter auffällender Detonation und starker Feuererscheinung verschwand der größte Teil des Schiffes augenblicklich. Nur das in Weißglut getauchte Heck war wenige Minuten sichtbar. Der Chef des Admirals des der Marine.

TU Berlin, 28. Dez. Der Sonderberichterstatter der Vossischen Zeitung in Stockholm weist darauf hin, daß weder die eigentlichen russischen Feldtruppen, noch deren Befehlshaber der kaukasischen Front mit den disziplinlosen Soldatenmassen der kaukasischen rückwärtigen Etappen, die sich jetzt in Bewegung auf Baku befinden, etwas gemein haben. Der Oberbefehlshaber der kaukasischen Front, General Erichwald hat bereits am 10. Dezember den Befehlshaber der 4. türkischen Armee wissen lassen, daß er zu einem Waffenstillstand bereit sei, und einen gleichlautenden Beschluß hatten unmittelbar sämtliche Soldatenausschüsse der kaukasischen Front gefaßt. Kaledinsche Regimenter, die vielfach in Begleitung von labettischen Parteilikern und britischen Offizieren in günstiger Zeit versucht hatten, an der Front Propaganda gegen den Waffenstillstand zu machen, sind ausnahmslos in nicht mißzuverstehender Weise von der Front fortgewiesen worden.

TU Berlin, 29. Dez. In parlamentarischen Kreisen besteht nach der Morgenpost die Absicht, die für den 3. Januar festgesetzte Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags auf den 7. oder 8. Januar zu verschieben. Da einerseits die Frist für die Entente am 4. Januar abläuft, andererseits der Hauptausschuß länger als einen Tag verammelt sein will, so sei der 7. Januar ein gerade gegebener Termin. Der Plan der Verschiebung war auch damit begründet, daß gerade am 4. Januar Staatssekretär von Kühlmann in Breslau-Bittow sein muß, und der Hauptausschuß habe natürlich den Wunsch, von Herrn von Kühlmann persönlich über den Plan der Verhandlungen unterrichtet zu werden.

TU Haag, 29. Dez. Der serbische Gesandte in Haag bespricht Gerüchte, nach denen Serbien über einen Sonderfrieden verhandelt, Serbien mache den bolschewistischen Unfönn nicht nach, und werde, wie auch die gesunden Elemente Rußlands auf ein Mandat seiner Erbsünde nicht hereinfallen. Schließlich hebt der Gesandte hervor, daß Serbien vor seinem Zusammenbruch von den Alliierten immer in loyaler Weise unterstützt wurde.

TU Lugano, 29. Dez. „Genueser“ warnen ihre Leser vor dem in der Stadt umgehenden Gerüchte, daß bis 1. Januar das Hafenkommando von „Genoa“ in englische Hand übergehe.

TU Kopenhagen, 29. Dez. Die Offiziere eines Dampfers, der gestern in Bergen eingetroffen ist, berichten, daß am vergangenen Sonntag wiederum ein Handelsgeleitzug in der Nordsee von U-Booten angegriffen worden ist. Der Geleitzug bestehend aus 14 Schiffen, die nach aller Seiten zerstreut werden. Wie bisher feststeht wurden ein englischer und ein schwedischer Dampfer versenkt. Nähere Nachrichten über die andere Schiffe liegen noch nicht vor. Gleichzeitig hat das norwegische Ministerium des Auswärtigen die Versenkung einer Reihe von norwegischen Schiffen gemeldet und zwar, Dampfer Regina, Besatzung ohne Ausnahme gerettet, Tjira auf der Reise von Barry nach Vapollse, 12 Mann sind umgekommen, Start, nur der Kapitän und der 2. Steuermann gerettet, Regina, Besatzung gerettet, Nordpol, Besatzung gerettet.

Bre Sit o m s k, 29. Dez. In am gestrigen Vormittage abgehaltenen Besprechungen zwischen den Vertretern der Verbündeten und Rußlands wurde die vollständige Beratung jener Punkte vollzogen, die auch beim Abschluß eines allgemeinen Friedens zwischen Rußland einerseits und den Mittelmächten andererseits geregelt werden müssen.

In einer großen Reihe von Punkten wurde die Basis für eine Einigung geschaffen. Zunächst wurde eine Einigung über die Wiederherstellung des durch den Krieg unterbrochenen Vertragszustandes erzielt. Ferner wurde vereinbart, daß in rechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung das eine Land vom andern nicht schlechter behandelt werden solle, als irgend ein 3. Land, das sich nicht auf Vertragsrechte berufen kann. Kriegsgefehle werden aufgehoben, die davon Betroffenen werden in ihre früheren Rechte wieder eingesetzt oder entschädigt werden. In weiteren Besprechungen werden die für die Kriegskosten und Kriegsschäden aufgestellten Richtlinien näher aufgeführt. Namentlich einigte man sich auch über die Behandlung der Zivilbevölkerung und die außerhalb des Kriegsgebietes eingetretenen Schäden. Ueber die gegenseitige Freilassung und Heimbeförderung von Kriegsgefangenen wurde grundsätzliche Einigung erzielt.

Privattelegramm der „Geisenheimer Zeitung“

WTB Großes Hauptquartier, 29. Dez.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Armee des Kronprinzen Rupprecht von Bayern

In einzelnen Abschnitten der Front südlich der Scarpe, bei Graincourt und Connelieu nahm die Feuerfähigkeit gegen Abend zu.

Deftlich von Nieuport und Boelkappelle scheiterten mehrfache englische Erkundungsvorstöße.

Front des deutschen Kronprinzen

Nördlich von Courtecor drangen Aufklärungsabteilungen in die französischen Linien und brachten einige Gefangene zurück.

Deftlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Am Presbafsee, nordwestlich von Monastir und am Doriansee zeitweise rege Artilleriefähigkeit.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Ein italienischer Angriff gegen die Höhen östlich von Mte. Tomba scheiterte in unserm Feuer.

Der Generalquartiermeister Ludendorff.

Wir ersuchen hierdurch, die Sparkassenbücher noch im Laufe dieses Monats bei uns abzuliefern.

Die Zinsen von Schuldscheinen werden von heute ab, gegen Voltrage der Schuldscheine, ausbezahlt.

Kassenstunden nur an Werktagen vormittags von 8—1 Uhr.

Der Inventur wegen bleibt unsere Kasse am Montag den 31. Dezember geschlossen.

Geisenheim, 22. Dezember 1917.

Spar- & Leihkasse zu Geisenheim

eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.
Fatscher-Aib.

